

AKTUELL

SCHULE

Wie den Lehrberuf attraktiver machen?

Tessie Jakobs

Ein neuer Bericht des Bildungs-informationsnetzwerks Eurydice liefert Zahlen und Analysen rund um den Lehrberuf in Europa. Der Text soll als Grundlage dienen für eine Bildungspolitik, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gerecht wird.

Der Lehrberuf wird als zunehmend unattraktiv empfunden, es mangelt stark an Personal – was für Luxemburg gilt, trifft auf europäische Länder insgesamt zu, wie ein Bericht des Europäischen Bildungs-informationsnetzwerks Eurydice zeigt. Die Gründe für diese Entwicklung liegen bei den angestiegenen Anforderungen und Zuständigkeiten, die mit konstanten sozialen, demographischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und technologischen Veränderungen einhergehen. Das schmälert nicht nur die Motivation zum Lehramtsstudium; auch immer mehr Lehrkräfte steigen im Laufe ihrer Karriere aus.

Dabei wird der Beruf immer wichtiger: „Teachers are the front-line workers in education. Having motivated teachers is an essential pre-requisite for a successful education system, in which pupils from all backgrounds can flourish and reach their full potential“, wird Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation und Jugend, in der Einleitung des genannten Berichts zitiert. Die Transition vom regulären hin zum Fernunterricht habe die essenzielle Rolle von Lehrkräften noch verdeutlicht.

Das am Mittwoch veröffentlichte Papier analysiert neben Grundausbildung und Bildungspolitik in den einzelnen Ländern auch Karriere-möglichkeiten und Zufriedenheit von Lehrkräften der unteren Sekundarstufe, das heißt von der 7. bis zur 9. Klasse. Abgedeckt werden alle 27 Mitgliedstaaten, sowie Großbritannien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Norwegen, Island, Liechtenstein, Montenegro, Serbien und die Schweiz.

Auf EU-Ebene berichten 50 Prozent der Betroffenen, sich am Arbeitsplatz gestresst zu fühlen; das höchste Stresslevel weisen in Portugal, Großbritannien und Ungarn tätige Lehrkräfte auf. Anders als man erwarten könnte, liegt die Hauptquelle für Stress nicht im Unterrichten selbst.

Wesentlich stärker ist die negative Wirkung administrativer Aufgaben, exzessiven Benotens und wechselnder Anforderungen. Auch das Gefühl, für den Erfolg der Schüler*innen verantwortlich gemacht zu werden, sorgt laut Bericht bei vielen Lehrkräften für Druck. „Higher levels of stress are related to assessments of professional progress, more hours worked, poor student behavior and lower self-confidence in student management“, heißt es im Bericht. Im EU-Schnitt widmen Lehrkräfte 47 Prozent ihrer Arbeitszeit dem Unterrichten, 25 Prozent der Planung und Benotung, weitere 28 Prozent fallen für andere Aufgaben an. Das Gefühl von Autonomie und ein kooperatives Arbeitsumfeld wirken sich laut Bericht positiv auf das Stressempfinden aus.

Im europäischen Vergleich schneidet Luxemburg insgesamt recht gut ab. Neben Portugal sei es das Land mit dem abwechslungsreichsten Angebot an Aufgabenbereichen für Lehrkräfte. So bestehe die Möglichkeit, Schüler*innen Unterstützungskurse anzubieten, angehende Lehrkräfte zu betreuen, Weiterbildungen zu halten und die pädagogische Koordination zu übernehmen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, darunter auch Portugal, werden luxemburgische Lehrer*innen für all diese Tätigkeiten entlohnt. Auch das in Luxemburg geltende Gebot, alle drei Jahre 48 Stunden Weiterbildung zu absolvieren, fällt im internationalen Vergleich positiv auf. Die Vielfalt an Aufgabenbereichen und Weiterbildungsmöglichkeiten werden im Bericht als zentrale Faktoren hervorgehoben: Dies nicht nur wenn es darum geht, den Beruf attraktiver zu gestalten, sondern auch in puncto Unterrichtsqualität.

Eurydice ist ein europäisches Netzwerk, das Informationen zu Bildungssystemen und zur Bildungspolitik in den europäischen Ländern sammelt und veröffentlicht. Die gesammelten Daten beziehen sich auf die Jahre 2018 bis 2020. Mit dem Bericht erhofft sich das Netzwerk europäischen Ländern Grundlagen zu liefern, auf deren Basis Bildungspolitik an gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen angepasst werden kann.

SHORT NEWS

Subventionen für Elektroautos verlängert

(ja) – Am Mittwoch, dem 24. März, stellte Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) das überarbeitete Prämiensystem für Elektroautos und -fahrräder vor. Es wird unter dem Label „Clever fueren“ vermarktet. Käufer*innen von vollelektrischen Autos können zwar nach wie vor eine Prämie von 8.000 Euro erhalten, das jedoch nur, wenn der PKW nicht mehr als 18 kWh pro 100 Kilometer verbraucht. Wer sich ein Elektro-SUV oder einen entsprechenden Sportwagen kauft, kann sich diesen Luxus mit 3.000 Euro vergolden lassen. Immerhin wurde auch an kinderreiche Familien gedacht: Haushalte von mindestens fünf Personen können für ein Auto mit sieben Sitzen die vollen 8.000 Euro erhalten. E-Lieferwagen und Wasserstoff-Autos werden ebenfalls mit dem Höchstbetrag subventioniert – und das, obwohl Wasserstoff-PKWs wesentlich ineffizienter sind als Elektroautos. Eine gute Nachricht gibt es für alle, die nicht gerne im Stau stehen: Die Finanzspritzen für Fahrräder, ob mit oder ohne Elektromotor, werden wie alle anderen „Clever fueren“-Beihilfen bis zum 31. März 2022 verlängert.

Aus für europäische Klimaklage

(lm) – Mal gewonnen, mal zerronnen, so sieht die Erfolgsbilanz von Klimaklagen aus. Anfang Februar hatte die Initiative „L'affaire du siècle“ vor dem Pariser Verwaltungsgericht teilweise recht bekommen beim Versuch, die Regierung für deren Klimapolitik zur Verantwortung zu ziehen (woxx.eu/jhding20). Dagegen entschied an diesem Donnerstag die EU-Justiz in letzter Instanz, den „People's Climate Case“ als unzulässig abzulehnen. In diesem Fall kommen die Kläger*innen aus mehreren EU-Ländern sowie Kenia und Fidschi und sehen ihre persönlichen Existenzen durch die unzureichenden Klimaziele der EU gefährdet (woxx 1502). Doch wie bereits das dem Europäischen Gerichtshof nachgeordnete Gericht der Europäischen Union befand auch jener nun, die Kläger*innen erfüllten die Bedingungen nicht, um gegen die beschlossenen Klimaziele vorgehen zu können. Es reiche nicht, dass ein EU-Beschluss die Grundrechte von Einzelpersonen möglicherweise verletze, erläutert das offizielle Communiqué, sonst entstehe ein Recht für alle, zu klagen – was nicht in den EU-Verträgen vorgesehen sei. Die Botschaft ist klar: Wo käme man hin, wenn Bürger*innen juristisch gegen die EU vorgehen könnten, noch dazu bei so unwichtigen Themen wie dem Umweltschutz? Mehr zum Urteil und zur Reaktion der Kläger*innen: woxx.eu/ppcaas

online

Internet, #LoveIsNoSin und Männlichkeit

Sie mögen die Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie regelmäßig Artikel, die ausschließlich online erscheinen.

Elektronische Kommunikation im Confinement: Mehr Internet, weniger SMS Das ILR hat Daten über das Kommunikationsverhalten während des vergangenen Jahres veröffentlicht. Wenig überraschend: Die Internetnutzung ist während der Kontaktbeschränkungen vor einem Jahr massiv gestiegen. woxx.eu/internet
Katholik*innen schwingen queere Regenbogenfahne #Pastoraler Ungehorsam, #LoveIsNoSin, ein Dom in Regenbogenfarben – die katholische Kirche im deutschsprachigen Raum lehnt sich gegen eine homofeindliche Stellungnahme des Vatikans auf. Manche sprechen von einer Revolution. woxx.eu/pastoral

Commentaire: Socialist Showroom Les remarques de Dan Kersch sur un éventuel impôt sur « les gagnant-e-s de la crise » sont de la pure rhétorique sociale-démocrate : demander l'impossible pour ensuite s'en laver les mains, tout en engrangeant des voix. woxx.eu/show

Politische Männlichkeit: Von Communities zum Amoklauf In „Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen“ zeigt die Autorin Susanne Kaiser die Brutalität auf, mit der Frauen und Minderheiten von unterschiedlichen Communities gehasst und hingerichtet werden. woxx.eu/maennlich